

# Persönlich.

Die Mitte Kanton Solothurn informiert.  
Ausgabe 2022 | 3

## Fünf vor Zwölf für die AHV-Revision.

Mit einem Ja die Zukunft  
der AHV sichern:  
Nichts mehr und nichts  
weniger

## Nein zur unnötigen Massentierhaltungs- Initiative

## Auf dem Weg in die Steuer-Zukunft

Ja zur Abschaffung der  
Verrechnungssteuer

„Aufbruch Mitte“  
die neue Gönnervereini-  
gung

**Die Mitte**  
Kanton Solothurn



Liebe Parteikolleginnen und -kollegen  
Liebe Leserinnen und Leser

Ich hoffe, Sie haben Ihre Sommerferien genossen. In dieser Zeit wird der Politbetrieb ja auf ein absolutes Minimum reduziert. Nun ist die «politfreie Zeit» jedoch vorbei.

Am 25. September 2022 steht uns der wichtigste Abstimmungssonntag in der Legislatur 2019-2023 bevor. Die Schweiz stimmt über die AHV-Vorlagen ab. Wir haben die Chance, die AHV langfristig zu sichern. Unser Ständerat Pirmin Bischof zeigt Ihnen in dieser Ausgabe auf, weshalb es am 25. September zwingend ein doppeltes JA zur AHV-Revision braucht. In dieser Ausgabe wird aber auch eindrücklich klar, dass die Mitte-Frauen geschlossen hinter dieser Vorlage stehen. Die Sicht der Frauen, welche mit der Anpassung des Rentenalters auf 65 Jahre besonders betroffen sind, wird durch unsere Vizepräsidentin, Kantonsrätin Karin Kissling-Müller erläutert.

Nationalrat Stefan Müller-Altermatt erläutert Ihnen die Bundesvorlage zur Verrechnungssteuer und Kantonsrat Edgar Kupper zeigt Ihnen auf, weshalb es ein NEIN zur Massentierhaltungsinitiative braucht.

Unser Finanzchef, Kantonsrat Fabian Gloor, stellt Ihnen unsere Gönnervereinigung «Aufbruch Mitte» vor. Diese ersetzt den bisherigen «500-er-Club». Gerne würden wir auch Sie, liebe Leserin, lieber Leser in unserer Gönnervereinigung begrüßen.

Diesem «Persönlich» liegt zudem ein Spendenaufruf bei. Ohne finanzielle Mittel geht es auch in der Politik nicht. Ich danke Ihnen deshalb im Namen des Parteivorstandes, der Kantonsratsfraktion und der eidgenössischen Parlamentarier recht herzlich für Ihre wertvolle finanzielle Unterstützung und Ihr Engagement für eine lösungsorientierte Politik der Mitte Kanton Solothurn.

Nehmen Sie an den Abstimmungen vom 25. September teil und stimmen Sie zwei Mal JA zu den AHV-Vorlagen, damit die Renten auch in Zukunft gesichert sind.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen der vorliegenden Ausgabe.

Herzlich  
Patrick Friker



Patrick Friker  
Präsident  
Die Mitte Kanton Solothurn

## Fünf vor Zwölf für die AHV-Revision.

Mit einem Ja die Zukunft der AHV sichern:  
Nichts mehr und nichts weniger

Als Mitglied der 13-köpfigen Sozial- und Gesundheitskommission (SGK) des Ständerates durfte ich die vorliegende AHV-Reform massgeblich mitprägen. Wenn wir nun am 25. September über die «AHV 21» abstimmen, geht es um die Zukunft unseres wichtigsten Sozialwerks. Das ist keine Floskel, das ist die nüchterne Realität. Die Auswirkungen im Einzelnen finden Sie auf den Seiten 6 und 7 zusammengestellt. Natürlich würde die AHV bei einem Nein am Tag nach der Abstimmung nicht gleich zusammenbrechen. Aber: Die Absicherung des Sozialwerks für die jetzigen und künftigen Rentnerinnen und Rentner würde deutlich schwieriger. Warum?

Die Zahl der Rentnerinnen und Rentner nimmt zurzeit stark zu und wird auch in den nächsten Jahrzehnten stark ansteigen. Das wirkt sich direkt auf die AHV aus: Allein von 2022 bis 2032 steigt die Summe der jährlich ausgezahlten Renten von 48 auf 63 Milliarden Franken. Die Einnahmen wachsen weniger stark. Die Finanzierung der Renten ist je länger desto weniger gesichert. Ohne



Dr. Pirmin Bischof  
Ständerat  
Solothurn

Reform würde sich der AHV-Fonds, also «die Kasse» der AHV, voraussichtlich bereits ab 2027 schrittweise entleeren.

Eigentlich fast unglaublich: Seit 27 Jahren sind alle AHV-Reformen gescheitert, obwohl die Finanzlage dauernd ungemütlicher wurde. Daran ändert auch nichts, dass das Super-Börsenjahr 2021 auch der AHV eine Verschnaufpause brachte. 2022 sieht bereits wieder wesentlich düsterer aus.

Die Reform umfasst übrigens zwei separate Vorlagen: eine zu den Änderungen bei der AHV, eine zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. Nur wenn beide Vorlagen eine Mehrheit finden, tritt die Reform in Kraft. Für die Steuervorlage braucht es neben dem Volks- auch das Ständemehr.

Das Rentenalter wird wieder vereinheitlicht auf 65, so wie bei der ursprünglichen AHV. Für die Frauen bedeutet dies eine Erhöhung von 64 auf 65 Jahre.

### Frauen erhalten Zuschläge von 12 bis 160 Franken

Im Gegenzug erhalten die ersten neun betroffenen Jahrgänge lebenslange Rentenverbesserungen (vgl. Seite 6 und 7). Und wichtig: Niemand erleidet eine Rentensenkung. Im Gegenteil: Viele Frauen, die bis 65 arbeiten erhalten mit der AVH 21 eine höhere Rente als sie heute erhalten würden, wenn sie bis 65 arbeiten. Und zwar bis zu



160 Franken pro Monat (vgl. Tabelle Seite 7)! Zudem sind die Verbesserungen nach Einkommen abgestuft: je tiefer die Rente, desto grösser der Zuschlag.

#### **Mehrwertsteuererhöhung um 0,4 Prozent**

Was für die Sicherung der AHV «einschenkt», ist die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, die der AHV dringend benötigte Einnahmen verschafft. Konsumentinnen und Konsumenten jeden Alters zahlen damit etwa 1,5 Milliarden Franken im Jahr mehr als heute. Der Normalsatz der Steuer soll von 7,7 auf 8,1 Prozent erhöht werden.

#### **Mehr Flexibilität: Frühpensionierung und Arbeiten über 65 wird einfacher**

Etwas wichtiges, das oft vergessen wird: Die AHV wird mit der Reform flexibler, und zwar für Männer und Frauen. Neu ist zwischen 63 und 70 Jahren ein schrittweiser Übergang in die Pensionierung möglich. Sie können anfänglich nur einen Teil der Rente beziehen und den Rest aufschieben. Zudem ist es künftig attraktiver, über 65 hinaus zu arbeiten: Im Gegensatz zu heute können Sie mit Lohnbeiträgen, die in diesem Alter bezahlt werden, die eigene Rente noch aufbessern

oder frühere Beitragslücken auffüllen. Wird die Vorlage angenommen, erhalten zudem unterstützungsbedürftige Rentnerinnen und Rentner rascher zusätzliche Hilfe von der AHV (Hilflosenentschädigung, vgl. Seite 6).

#### **Warum ist die Reform für die Sicherung der AHV wichtig?**

Tatsächlich steht die AHV seit Jahren auf der Kippe. Die AHV ist «umlagefinanziert»: Die heutigen Lohnbeiträge der Erwerbstätigen (plus Steuern) finanzieren die heutigen Renten. Diese Rechnung bewegt sich zurzeit dank der 2-Milliarden-Finanzspritze, die das Volk 2019 beschlossen hat, wieder knapp im positiven Bereich. Zuvor – in den Jahren 2014 bis 2019 – hatte die Umlagefinanzierung durchgehend im Minus abgeschlossen.

Die Kasse kippt schnell ins Minus, wenn die Reform misslingt. Ohne Gegenmassnahmen wird 2030 ein Defizit von 1,8 Milliarden Franken erwartet, auch wenn man die erhoffte Rendite des AHV-Fonds berücksichtigt. Danach werden die Löcher schnell grösser. Allein von 2030 bis 2032 wächst der Fehlbetrag von 3 auf 4,7 Milliarden.

Die bevorstehende Abstimmung hat somit auch richtungsweisenden Charakter für die weitere Sanierung der AHV.

#### **Argumente für ein Ja**

Hinter der Vorlage stehen Bundesrat, Parlament, Mitte, SVP, FDP, GLP sowie zahlreiche Wirtschaftsverbände von Economiesuisse bis zum Bauernverband. Das wichtigste Argument betrifft die schiere Notwendigkeit, wieder für eine stabile Finanzierung der Altersrenten zu sorgen. Die Vorlage bringt sichere Renten ohne Rentenkürzungen. Die Angleichung des Rentenalters ist gerechtfertigt: Frauen sind heute besser ausgebildet als früher, sie sind zunehmend berufstätig und leben länger als die Männer. Sie zahlen weniger ein, erhalten aber mehr. Zu betonen ist auch der flexiblere Übergang in die Pensionierung.

#### **Die Argumente der Gegner**

Gegen die Reform kämpft das linke Lager: SP, Grüne sowie viele Gewerkschaften. Mit der Vorlage werde einseitig auf Kosten der Frauen gespart. Das sei ungerecht angesichts der immer noch bestehenden Benachteiligungen der Frauen im Berufs- und

Familienleben.

Die Gegner bekämpfen erstaunlicherweise auch die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer, welche die Linke im Parlament noch unterstützt hatte. Die Nationalbank solle doch die Lücke in der AHV füllen.

#### **Fazit: Ein klares Ja!**

Die Sanierung der AHV ist dringlich. Die überfällige Vereinheitlichung des Rentenalters ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wenn die Vorlage scheitert, drohen weitere einseitige Finanzspritzen mit höheren Steuern oder Lohnbeiträgen, um die AHV über Wasser zu halten. Vor allem würde ein Nein noch zusätzliche Unsicherheit für jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner schaffen. Das kann sich die Schweiz nicht leisten. Wir schulden den Menschen im dritten Lebensabschnitt vor allem Sicherheit. Deshalb empfehle ich Ihnen ein überzeugtes Ja.



**Dr. Pirmin Bischof**  
Ständerat,  
Solothurn



#### **Aus der Sicht einer Frau**

Frauen beziehen durchschnittlich fünf Jahre länger als Männer eine AHV-Rente. Gleichzeitig werden 66 Prozent der AHV-pflichtigen Beiträge von Männern einbezahlt. Bei der Einführung der AHV 1948 galt das Rentenalter 65 auch für Frauen. In der AHV haben die Frauen somit heute Privilegien. Dringender Handlungsbedarf besteht in Bezug auf die Frauenrenten hingegen beim BVG, besonders für Teilzeiterwerbstätige und Mehrfachbeschäftigte. Dies hat aber nichts mit der hier in Frage stehenden AHV-Reform zu tun.

Wenn die Gegner der AHV-Reform von Rentenkürzungen sprechen, ist das nicht richtig! Sie beziehen sich dabei darauf, dass das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre an-

gehoben wird. Die Höhe der Renten an sich bleibt aber unangetastet. Die Vereinheitlichung des Rentenalters ist angesichts der höheren Lebenserwartung der Frauen gerechtfertigt und zeitgemäss. Zudem gibt es Ausgleichsmassnahmen für die Übergangsgeneration in Form eines Zuschlags. Mit der AHV 21 leisten die Frauen somit einen zumutbaren Beitrag an die Stabilisierung der AHV und an die Nachhaltigkeit des Generationenvertrages.



**Karin Kissling-Müller**  
Kantonsrätin,  
Wolfwil

# Die Massnahmen zur Stabilisierung der AHV

## Rentenalter

### Heute

64 Jahre für Frauen, 65 Jahre für Männer

### Mit AHV 21

65 Jahre für alle in der AHV und in der beruflichen Vorsorge (2. Säule). Dabei beginnt die Erhöhung des Referenzalters der Frauen von 64 auf 65 Jahre ein Jahr nach Inkrafttreten der Reform. Sie erfolgt schrittweise um jeweils drei Monate pro Jahr. Bei Inkrafttreten der AHV 21 im Jahr 2024 würde für Frauen und Männer somit ab 2028 ein einheitliches Referenzalter von 65 Jahren gelten.

Die Übergangsgeneration umfasst 9 Jahrgänge und betrifft Frauen, die bei Inkrafttreten der Reform 55 Jahre oder älter sind. Tritt die AHV 21 im Jahr 2024 in Kraft, gehören die Jahrgänge 1961 bis 1969 zur Übergangsgeneration.

## Vorbezug der Rente

### Heute

- Männer und Frauen können ihre Altersrente um maximal zwei Jahre vorbeziehen. Es können lediglich ganze Jahre (12 Monate) vorbezogen werden. Der Rentenvorbezug führt zu einer versicherungstechnischen Rentenkürzung von 6,8 Prozent pro vorbezogenem Jahr.
- Die Rente kann um maximal fünf Jahre aufgeschoben werden. Durch den Rentenaufschub besteht Anspruch auf einen Zuschlag, dessen Höhe von der Dauer des Aufschubs abhängt (5,2 % bis 31,5 %).

### Mit AHV 21

- Frauen und Männer können die Altersrente zwischen 63 und 70 Jahren beziehen.
- Frauen der Übergangsgeneration können die Altersrente bereits ab 62 Jahren beziehen. Wenn sie ihre Altersrente nicht vorzeitig beanspruchen, erhalten sie einen lebenslangen Rentenzuschlag (siehe Kasten «Rentenzuschlag»). Wenn sie ihre Renten vorbeziehen, werden diese weniger stark gekürzt als heute.

- Die Renten können auch teilweise vorbezogen bzw. aufgeschoben werden.
- Die Kürzungen bei einem Vorbezug und die Zuschläge bei einem Aufschub werden an die durchschnittliche Lebenserwartung angepasst und entsprechend gesenkt. Tiefere Kürzungen für tiefe durchschnittliche Jahreseinkommen ( $\leq$  CHF 57'360) fallen die Kürzungen tiefer aus. Dieser Punkt tritt frühestens 2027 in Kraft. Der Bundesrat legt die neuen Sätze kurz vor deren Einführung fest.

## Weiterführung der Erwerbstätigkeit nach 65

### Heute

Heute gilt in diesem Fall in der AHV ein Freibetrag von 1'400 Franken im Monat bzw. 16'800 Franken im Jahr. Beiträge, die im Rentenalter bezahlt werden, führen aber nicht zu einer höheren Altersrente.

### Mit AHV 21

- Erwerbstätige im Rentenalter können auf den Freibetrag verzichten.
- Die nach dem Referenzalter 65 bezahlten AHV-Beiträge können zur Schliessung von Beitragslücken oder zur Verbesserung der AHV (bis zur maximalen Rente) verwendet werden.

## Verkürzung der Karenzfrist für den Anspruch auf Hilflosenentschädigung der AHV

### Heute

Die AHV richtet eine Hilflosenentschädigung für Personen im Rentenalter aus wenn sie für alltägliche Lebensverrichtungen (z.B. Ankleiden, Körperpflege, Essen) dauernd auf die Hilfe Dritter angewiesen sind. Dies unter der Voraussetzung, dass der Hilfebedarf bereits mindestens ein Jahr lang bestanden hat (und weiter besteht). Diese einjährige Frist wird als Karenzfrist bezeichnet.

### Mit AHV 21

Die Karenzfrist wird von 12 auf 6 Monate verkürzt.

# auf einen Blick

## Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer\*

### Heute

Heute fliesst vom Normalsatz der Mehrwertsteuer von 7,7 % ein Prozentpunkt der AHV zu.

### Mit AHV 21

Der Normalsatz der Mehrwertsteuer wird zu Gunsten der AHV um 0,4 Prozentpunkte auf 8,1 % erhöht. Bei den reduzierten Sätzen beträgt die Erhöhung 0,1 Prozentpunkte.

**\*Weil der Mehrwertsteuersatz in der Verfassung geregelt ist, muss das Volk obligatorisch darüber abstimmen. Deshalb gibt es für diesen Punkt eine separate Abstimmungsvorlage. Diese Erhöhung der Mehrwertsteuer tritt nur in Kraft, wenn die Gesetzesänderung mit den oben erwähnten Anpassungen angenommen wird.**

## Rentenzuschlag für Frauen der Übergangsgeneration

Frauen, die ihre Altersrente nicht vorbeziehen, erhalten folgende Zuschläge. Diese Rentenzuschläge erfolgen ausserhalb des Rentensystems und werden über die Maximalrente hinaus bezahlt und haben für Frauen der Übergangsgeneration keine Kürzungen der Ergänzungsleistungen zur Folge. Die folgende Tabelle zeigt die Zuschläge pro Monat in Prozenten des Grundzuschlages. Dieser ist nach Jahreseinkommen abgestuft:

- Für Jahreseinkommen unter CHF 57 360.–: CHF 160.– pro Monat
- Für Jahreseinkommen zwischen CHF 57 361.– bis CHF 71 700.–: CHF 100.– pro Monat
- Für Jahreseinkommen über CHF 71 700: CHF 50.– pro Monat

Bei Inkrafttreten des Gesetzes im 2024 sieht die Regelung wie folgt aus:

Geburtsjahr	Referenzalter	AHV-Rentanzuschlag/Monat (in % des Grundzuschlags)
1961	64 + 3 Monate	25%
1962	64 + 6 Monate	50%
1963	64 + 9 Monate	75%
1964	65 Jahre	100%
1965	65 Jahre	100%
1966	65 Jahre	81%
1967	65 Jahre	33%
1968	65 Jahre	44%
1969	65 Jahre	25%

Für Frauen der Übergangsgeneration, die ihre Altersrente vorbeziehen, gelten je nach Jahreseinkommen und Vorbezugsalter abgestufte Kürzungssätze.

Quelle: Bundesamt für Sozialversicherung BSV





# Nein zur unnötigen Massentierhaltungsinitiative!

Laut den Initianten soll die Initiative den Schutz und die Würde von Nutztieren wie Rindern, Hühnern oder Schweinen in die Verfassung aufnehmen. Es soll zudem die Massentierhaltung verboten werden, weil dabei das Tierwohl systematisch verletzt werde. Der Bund müsste strengere Mindestanforderungen festlegen für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse pro Stall. Diese Anforderungen müssten mindestens den Bio-Suisse-Richtlinien von 2018 entsprechen und alle Landwirtschaftsbetriebe müssten sie bei der Tierhaltung einhalten. Die Anforderungen würden auch für den Import von Tieren und Tierprodukten wie auch von Lebensmitteln mit Zutaten tierischer Herkunft gelten.

## **Geforderter Standard bereits vorhanden**

Der von der Initiative geforderte Standard existiert mit dem Bio-Angebot und vielen anderen Tierwohl-Labels bereits. Wer tierische Produkte in diesem Sinn sucht, findet diese heute schon im Laden. Die Initiative würde den Verlust von Wahlfreiheit bedeuten. Es ist zudem nicht stufengerecht und verfehlt, die Anforderungen eines privatwirtschaftlichen Labels in die Bundesverfassung zu schreiben.

## **Tierhaltung ist bei uns klein strukturiert**

Gemäss den Initianten bedeutet Massentierhaltung «Grossbetriebe, bei denen das Tierwohl systematisch verletzt wird». Die Tierhaltung in der Schweiz ist klein strukturiert, basiert auf dem strengsten Tierschutzgesetz der Welt und wird umfassend kontrolliert. Es gibt in der Schweiz keine systematische Verletzung des Tierwohls. Im Gegenteil: Die allermeisten Bauernfamilien kümmern sich Tag für Tag nach bestem Wissen und Gewissen um ihre Tiere. Die Tiere geniessen praktisch Familienanschluss!

## **Angebot ist weit höher als Nachfrage**

Das Angebot von tierischen Labelprodukten ist heute in vielen Bereichen höher als die Nachfrage. So lassen sich beispielsweise nur 30 Prozent aller Mastschweine über ein Tierwohl-Label mit Mehrwert verkaufen, obwohl über 60 Prozent aller Mastschweine in einem besonders tierfreundlichen Stall leben und auch nach draussen können.

## **Importanforderungen nicht umsetzbar**

Die Schweiz ist zur Versorgung der Bevölkerung auf umfangreiche Importe angewiesen. Diese würden sich bei einer Annahme der Initiative speziell beim Geflügelfleisch, bei Eiern und beim Schweinefleisch stark erhöhen. Die Initiative sieht zwar vor, dass für Importe von tierischen Produkten eben-

falls strengere Regeln gelten sollen. Diese Forderung wäre aber kaum umzusetzen, denn dies wäre eine klare Verletzung der Verpflichtungen gegenüber der WTO und eine Verletzung der Abkommen mit wichtigen Handelspartnern. Es ist anzunehmen, dass sich bei den Importen schlussendlich keine gleichwertigen Tierschutzvorgaben durchsetzen lassen. Die Initiative würde dann zu steigenden Importen von tierischen Produkten aus Staaten mit einem tiefen Tierwohlniveau führen.

## **Lebensmittelpreise würden steigen**

Der geforderte Bio-Standard in der Tierhaltung ist mit hohen Mehrkosten in der Produktion verbunden. Tierische Lebensmittel würden sich je nach Produkt um 20 bis 40 Prozent verteuern und das Portemonnaie der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit rund 1800 Franken im Jahr zusätzlich belasten. Weil sich das nicht alle leisten können oder wollen, würde der Einkaufstourismus massiv angekurbelt und viele Konsumentinnen und Konsumenten würden beim Einkaufen stark eingeschränkt und ihr Haushaltbudget unnötigerweise belastet.

## **Viel mehr Stallungen versus Raumplanung**

Weil die Anzahl Tiere pro Stall mit der Initiative noch stärker begrenzt wird und der ver-

langte Platz pro Tier viel grösser ist, müssten die betroffenen Tierbetriebe ihre Ställe vergrössern, mehrere kleinere Ställe bauen oder den Tierbestand reduzieren. Ställe vergrössern oder neu bauen ist aufgrund der raumplanerischen Vorgaben kaum möglich und beansprucht viel kostbare Fläche. Zudem würden die Investitionskosten unnötigerweise massiv erhöht.

## **Alles schon geregelt und vorhanden**

Die Schweiz hat eines der weltweit strengsten Gesetze zum Schutz der Tiere. Würde und Wohlergehen von Tieren sind geschützt, unabhängig davon, wie viele Tiere an einem Ort gehalten werden. Der Bund fördert zudem landwirtschaftliche Produktionsformen, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind. Das schreibt die Verfassung vor. Immer mehr Nutztiere leben in speziell tierfreundlichen Ställen und haben regelmässig Zugang ins Freie. Die Initiative ist unnötig. Es gilt, diese klar abzulehnen, so wie es Bundesrat und Parlament bereits getan haben.



**Edgar Kupper**  
Kantonsrat,  
Laupersdorf



## Auf dem Weg in die Steuer-Zukunft

### Ja zur Abschaffung der Verrechnungssteuer

Wir alle kennen die Verrechnungssteuer von der Steuererklärung. Dort können Zinserträge deklariert werden, welche eben dieser Verrechnungssteuer unterstehen. Und diese Deklaration hat dann wiederum zur Folge, dass man die Verrechnungssteuer zurückbekommt. Wieso aber erhebt der Bund eine Steuer, die er dann wieder rückerstattet? Der Grund liegt bei der potentiellen Steuerhinterziehung: Damit die Steuern auf den Zinserträgen nicht hinterzogen werden, erhebt der Bund bereits bei der Auszahlung des Zinses eine 35-prozentige Verrechnungssteuer, quasi als Pfand. Und erst, wenn der Zins dann auf der Steuererklärung deklariert ist, werden diese 35 Prozent ebenfalls an den Besitzer der Obligation, des Bankkontos, der Wertschrift ausbezahlt.

So logisch die Verrechnungssteuer als Mittel gegen Steuerhinterziehung klingt, so einfach ist in einigen Fällen ihre Umgehung: Die Verrechnungssteuer wird auch erhoben auf Obligationen, welche Firmen zwecks Finanzierung an Private ausgeben. Logischerweise fällt die Schweizer Verrechnungssteuer aber nicht an, wenn man die Obligation im Ausland ausgibt. Die Firmen geben ihre Obligationen also halt einfach in einem Land aus, das keine Verrechnungssteuer kennt. Dadurch kann die aufwendige Administration eingespart werden. Der Effekt ist offensichtlich: Seit 2010 hat der Wert der neu ausgegebenen Obligationen in der Schweiz um rund 20 Prozent abgenommen. Mit der Revision des Verrechnungssteu-

ergesetzes soll die Verrechnungssteuer auf neue schweizerische Obligationen abgeschafft werden. Bestehen bleibt die Verrechnungssteuer bei den Zinsen auf bestehenden Obligationen, ebenso bei Bankkonten von Schweizer Kunden. Während sich die Referendumsführer genau an dieser ungleichen Behandlung stören, ist für Bundesrat und Parlament klar, dass eben genau deshalb die Reform massgeschneidert nur dort durchgeführt wird, wo der Bedarf besteht.

Die Umgehung der Verrechnungssteuer hat nämlich auch zur Folge, dass wir nicht wissen, ob die Zinserträge auf den ausländischen Obligationen tatsächlich versteuert werden. Und von der anderen Seite her betrachtet, sind Schweizer Obligationen für ausländische Investoren ausgesprochen unattraktiv. Die Schweiz verliert wegen der Verrechnungssteuer also Arbeitsplätze, weil sich der Obligationenmarkt nicht entwickeln kann, sie verliert aber vor allem auch Steuersubstrat. Schätzungen zufolge kann sich die Reform deshalb möglicherweise bereits im Jahr der Einführung selber finanzieren. Damit macht die Schweiz einen klugen Schritt in die Steuer-Zukunft, die mit der OECD-Steuerreform für grosse Firmen gänzlich anders aussehen wird als heute.



**Dr. Stefan Müller-Altermatt**  
Nationalrat,  
Herbetswil



Kolumne

## AHV 21 – Ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der Renten

Seit 1997 scheiterten alle AHV-Reformen trotz dringendem Handlungsbedarf. Die aktuelle Reform ist ausgewogen, stabilisiert die AHV, sichert die Renten und stärkt die Generationengerechtigkeit. Deshalb jetzt ein «Ja»!

Heute beziehen Frauen die AHV fünf Jahre länger als Männer. Die AHV-Renten sind aber trotzdem gleich hoch. Die Frauen werden mit der Angleichung des Rentenalters also nur weniger bevorteilt. Es ist deshalb völlig abwegig, von «Sozialabbau» zu sprechen. Zudem ist es nach meiner Meinung unredlich gegenüber der jungen Generation, allfällige Diskriminierungen in anderen Bereichen mit einem Nein zur AHV kompensieren zu wollen.

Durch die Alterung der Gesellschaft braucht die AHV mehr Geld. Die vorliegende Reform stabilisiert sie bis 2032. Die Mehrwertsteuer wird um 0,4 Prozent erhöht und das Frauenrentenalter wird in Dreimonatsschritten an dasjenige der Männer angeglichen. Neun Jahrgänge erhalten je nach Einkommen grosszügige Zuschläge. Frauen mit tiefen Einkommen profitieren lebenslang von einer höheren Rente als ohne Reform. Der Zuschlag wird auch nicht an Ergänzungsleistungen angerechnet und unterliegt nicht dem Ehepaarplafond. Zudem profitieren alle Frauen der Übergangsgeneration von privilegierten Kürzungssätzen, wenn sie die Rente vorbezahlen. Und das alles soll «Raub an den Frauen» sein? Sicher nicht!

Für mich persönlich und für die Mitte 60+ ist es wichtig, dass mit der Reform AHV 21 das Niveau der Renten gehalten und die Finanzierung bis 2030 gesichert wird.

**Martin Rötheli**

Vorstandsmitglied

Die Mitte 60+ Kanton Solothurn  
Oensingen

**Die Mitte 60+**  
Kanton Solothurn

## Agenda



Die tagesaktuelle Agenda  
findet man unter  
[so.die-mitte.ch/events](https://so.die-mitte.ch/events)

## Adressen

### Präsident Die Mitte Solothurn

Patrick Friker, Innere Kanalstrasse 12A  
5013 Niedergösgen, Telefon 079 481 28 26  
[praesidium@so.die-mitte.ch](mailto:praesidium@so.die-mitte.ch)

### Sekretariat Die Mitte Kanton Solothurn

Fabio Jeger, 4500 Solothurn  
Telefon 076 815 41 12  
[sekretariat@so.die-mitte.ch](mailto:sekretariat@so.die-mitte.ch)

Raiffeisenbank Wasseramt-Buchsi  
4552 Derendingen  
Konto CH06 8080 8009 8230 7524 5  
Postkonto 45-3537-6

### Die Mitte 60+ Kanton Solothurn

René Ackermann, Schulmeisterweg 6  
4710 Balsthal, Telefon 079 302 73 91  
[ackermann@bercom.net](mailto:ackermann@bercom.net)

### Die Junge Mitte Kanton Solothurn

Joël Müller, Dorfstrasse 6, 4715 Herbetswil  
[joel@mueller-altermatt.ch](mailto:joel@mueller-altermatt.ch)



### Die Mitte Kanton Solothurn im Internet

[so.die-mitte.ch](https://so.die-mitte.ch) | [info@so.die-mitte.ch](mailto:info@so.die-mitte.ch)

## Impressum

**Redaktion** Ueli Custer-Meier, Erlenweg 13,  
4514 Lommiswil, in Zusammenarbeit mit dem  
Präsidium der Kantonalpartei und Vertretern  
der Jungen Mitte, der Mitte 60+, des  
Kantonsrates und der eidgenössischen Räte,  
[redaktion@so.die-mitte.ch](mailto:redaktion@so.die-mitte.ch)

**Herausgeber** Die Mitte Kanton Solothurn  
**Jahresabonnement** CHF 30.– (4 Ausgaben)

**Gestaltung und Realisation**  
Sekretariat Die Mitte Kanton Solothurn

**Druck** Dobler Druck, Olten



# Die neue Gönnervereinigung „Aufbruch Mitte“

**So sind Sie dabei und  
so können Sie profitieren:**

Einzelpersonen	CHF 500.--/Jahr
Ehepaare	CHF 750.--/Jahr
Firmen (Einladungen für 2 Personen)	CHF 1'000.--/Jahr

## **Erster Anlass: Montag, 6. März 2023**

Während der Frühlingsession im Bundeshaus  
zusammen mit unseren Bundesparlamentariern.

*(Kontaktieren Sie unser Sekretariat für weitere Infos)*

Die politischen Herausforderungen unserer Zeit werden grösser und komplexer. Das zeigen ganz besonders die Ereignisse der vergangenen drei Jahre mit Pandemie und Krieg drastisch auf. Ebenso hat sich gezeigt, wie zentral es ist, dass wertorientierte Köpfe in wichtige Ämter gewählt werden, die das grosse Ganze im Blick haben. Umso mehr braucht es also in der Politik lösungsorientierte Kräfte, die sich für die soziale Marktwirtschaft einsetzen, Verantwortung übernehmen und den Menschen ins Zentrum stellen. Starke Charaktere sind gefordert, die nicht korrumpierbar sind und nicht aus Eitelkeit Politik betreiben, sondern aus dem Willen heraus, die Gemeinde, den Kanton, die Schweiz und vielleicht sogar die Welt positiv zu gestalten. Genau das ist die Politik der Mitte Kanton Solothurn und ihrer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Auf der Basis unserer Werte Eigenverantwortung, Solidarität und Verantwortung halten wir die Schweiz und unseren Kanton Solothurn zusammen.

Damit diese Politik auch die nötige Durchschlagskraft erhält, sind mehr finanzielle Mittel unerlässlich. Diese benötigen wir für die Professionalisierung unserer Partei, die weitere Unterstützung der Ortsparteien und um aktiv Wahlkämpfe führen zu können. Hinzu kommen natürlich viele weitere Aufgaben und politische Ideen, die wir anpacken wollen. Deshalb sind wir auf eine starke

ke Gönnervereinigung und Ihre tatkräftige finanzielle Unterstützung angewiesen.

Mit dem Namenswechsel stellen wir unsere Gönnervereinigung ebenfalls neu auf und nennen diese nun «Aufbruch Mitte». Dadurch wird der ideelle Wert der Vereinigung noch stärker betont und ebenso unsere positive Herangehensweise versinnbildlicht. Neben den ideellen Gründen und der wichtigen Unterstützung der Mitte-Politik gibt es weitere handfeste Gründe, um der Gönnervereinigung beizutreten. Jährlich werden Sie zu einem exklusiven Anlass eingeladen und erhalten die Gelegenheit, sich mit der politischen Spitze (national und kantonale) unserer Partei persönlich auszutauschen. Dabei wird jeweils das leibliche Wohl nicht zu kurz kommen und auch der Austausch untereinander soll gefördert werden. Werden Sie also Teil des Aufbruchs Mitte und unterstützen Sie unsere Politik!



**Fabian Gloor**  
Kantonratsrat,  
Oensingen

**Die Mitte**  
Kanton Solothurn

Freiheit. Solidarität.  
Verantwortung.